

Archiv

Landes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
- 6. Aug. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/148

Bonn, den 6. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Im Banne des Wahljahres

36

Die Steuerpläne der Bundesregierung

2

Schauerlicher Vergleich

22

Vernichtungsöfen der Konzentrationslager -  
Hochöfen der Montanunion

3 - 5

Das Recht des Bürgers im freien Staat (III)

136

Aus der Arbeit des Bundestageausschusses für Petitionen

Von Helene Wessel, MdB

Vorsitzende des Petitions-Ausschusses des Bundestages

6

Gute Wahi Aussichten der Sänischen Sozialdemokraten

53

Innen- und außenpolitische Leistung wird anerkannt

+++ +

Im Banne des Wahljahres

Die Steuerpläne der Bundesregierung

sp - Das Wort "Steuersenkung" ist so sympathisch wie das Wort "Inflation" unsympathisch ist. Bei Steuersenkungen denkt jeder unbefangene Zeitgenosse, er bekomme vom Staat etwas geschenkt. Sobald er nur das Wort Inflation hört, versetzt er nicht zu unrecht, man wolle ihm etwas nehmen.

Finanzminister Dählgrübler hat sicher an diese in unserem Volk fest verwurzelte Meinung gedacht, als er sich in bewußter Zurückweisung der Warnungen unabhängiger Wissenschaftler für Steuersenkungen zum 1. Januar 1965 entschloß. Außerdem winkt ja das Wahljahr, und erfahrungsgemäß hat jede Bundesregierung bisher ihr möglichstes getan, um sich wenige Monate vor dem Wahltag in das günstigste Licht zu setzen.

Was sind Steuersenkungen in guten Konjunkturzeiten nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es fragt sich nur, ob gerade jetzt, im Zeichen der Bemühungen, das allgemeine Konjunkturfieber etwas zu dämpfen, um inflationäre Entwicklungen zu verhindern, eine solche Maßnahme angebracht ist. Die unabhängigen Wissenschaftler, die man eigens zu dem Zweck zusammengerufen hätte, damit sie die Regierung beraten, sind jedenfalls nicht der Meinung, daß die angekündigte Steuersenkung zur rechten Zeit kommt und wirtschaftlich zu vertreten sei.

Wenn man einen Blick in die Regional- und Lokalseiten unserer bundesrepublikanischen Zeitungen wirft, kann man immer wieder lesen: Es fehlt Geld für Universitäten, für Schulen, für Straßen, für Krankenhäuser, für den Bau von Wohnungen zu angemessenen Preisen und vieles andere mehr. Bei einigem Nachdenken ergibt sich von selbst die Frage, wie das möglich sein kann, da es doch dem einzelnen Staatsbürger im großen und ganzen nicht schlecht geht und er jetzt sogar durch Steuersenkungen privat noch etwas besser gestellt werden soll? Die Antwort ist einfach. Es hat sich herausgestellt, daß privates Wohlergehen nicht immer identisch ist mit der Möglichkeit, die erforderlichen Gemeinschaftsaufgaben finanziell zu bewältigen.

Als dieser Grunde hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mehrfach gefordert, man solle die Einkommen über 100 000 DM jährlich und besonders Spekulationsgewinne, die gerade in der Bundesrepublik nicht niedrig sind, steuerlich härter anpacken als bisher, um so die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben sicherstellen zu können. Experten aller politischen Richtungen und auch völlig unabhängige Wirtschaftler haben ausgerechnet, daß die bei Verwirklichung der sozialdemokratischen Vorschläge einkommenden Gelder wesentlich mehr zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben beitragen würden, als die äußerst spektakulären Detail-Steuersenkungen der Bundesregierung.

- \* Selbstverständlich setzt sich auch die SFD für Steuersenkungen
- \* bei kleinen und mittleren Einkommen ein. Sie will aber, daß
- \* Steuersenkungen in die richtigen Relationen zu einer weit voraus-
- \* schauender Konjunkturpolitik gebracht werden und befürwortet

- \* eine große Steuerreform, mit deren Hilfe es möglich ist, Finanz- und Konjunkturpolitik des Staates in e i n e n Griff zu bekommen, lehnt es jedoch ab, eine so komplizierte Materie zum Gegenstand eines Wahlschlagers zu machen.

Die ganze Geschichte mit der Steuersenkung wird im Übrigen noch problematischer, wenn man daran denkt, daß die Bundesregierung vor kurzem erst die Telefon- und Fernschreibgebühren erhöht hat, wodurch sie einer großen Anzahl von Steuerzahlern zunächst einmal das Geld aus der Tasche holt, das sie ihnen angeblich durch eine Steuersenkung zu schenken gedenkt.

- + +

#### Schauerlicher Vergleich

Vernichtungsöfen der Konzentrationslager - Hochofen der Montanunion

sp - Gelegentlich entdeckt man erstaunliche Gedankensprünge in bundesrepublikanischen Zeitungen. Was ist davon zu halten, wenn man in einem großen Weltblatt im Rahmen einer Artikelserie über die Politik des französischen General-Präsidenten de Gaulle lesen muß:

- \* "Vor 1945 heizte man die Öfen in Deutschland mit dem Fleisch
- \* menschlicher Wesen, 1950 aber kamen Deutschland und Frank-
- \* reich überein, ihre Öfen in einer Gemeinschaft von Kohle und
- \* Stahl zu verschmelzen, die zum Gemeinsamen Markt geführt hat."

Es kann sein, daß ein derartiger "Vergleich" keineswegs eine gewollte Taktlosigkeit des Verfassers oder der Redaktion der betreffenden Zeitung ist. Wahrscheinlich sind Verfasser und Redaktion Opfer ihrer Gedankenlosigkeit geworden. Aber auch das wäre peinlich genug, denn Gedankenlosigkeit - besonders bei Erwähnung der Vernichtungsöfen in den Konzentrationslagern - ist so erschreckend, daß man nur wünschen kann, die Verfasser solcher Artikel würden ihre publizistische Tätigkeit auf andere Gebiete verlagern.

Haben der Verfasser und die Zeitung, die seinen Artikel veröffentlichte, nichts vom Auschwitz-Prozeß gehört? Natürlich haben sie davon gehört. Die Zeitung pflegte und pflegt darüber eine ausführliche Berichterstattung. Das sei ihr als großes Verdienst angerechnet. Um so bedauerlicher ist es, daß sie einen solchen schauerlichen Vergleich in ihren Spalten zuließ.

+ + +

## Das Recht des Bürgers im freien Staat (III und Schluß)

Aus der Arbeit des Bundestagsausschusses für Petitionen

Von Helene Wessel, MdB

Vorsitzende des Petitions-Ausschusses des Bundestages

Das im Artikel 17 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland festgelegte Petitionsrecht, nach dem jedermann das Recht hat, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden, enthält hinsichtlich der Person des Petenten nach Alter, Geschlecht, Beruf, Konfession oder Nationalität keine Einschränkung. Jeder, der imstande ist, seine Gedanken vernünftig und in verständlicher Form zu äußern, darf sich bittend oder beschwerdeführend an den Deutschen Bundestag wenden, auch Minderjährige und Ausländer.

Beamten, Soldaten, Straf- und Untersuchungsgefangenen steht das Petitionsrecht ebenfalls uneingeschränkt zu; Soldaten allerdings mit der Ausnahme einer gemeinschaftlichen Ausübung.

Nach Herkunft aus den einzelnen Bundesländern aufgegliedert, verzeichnet den höchsten Anteil der Eingaben Nordrhein-Westfalen mit 28,6%, Bayern mit 14,34% und Niedersachsen mit 13,35%. Setzt man allerdings die Zahl der Petitionen ins Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung in den Bundesländern, dann erweisen sich die Berliner mit 489, die Schleswig-Holsteiner mit 442 und die Hamburger mit 428 - auf eine Million der Bevölkerung bezogen - als am petitionsfreudigsten. Selbst aus der sowjetischen Besatzungszone kamen in dieser Wahlperiode 50 Zuschriften und aus dem Ausland 448.

### Kein Freibrief für Beleidigungen

Die Petitionen müssen schriftlich, möglichst in deutscher Sprache, vorgebracht werden und eigenhändig unterzeichnet sein. Eingaben, die durch beleidigenden oder herausfordernden Inhalt die Rechte anderer verletzen, anonyme und andere unbehandelbare Schreiben werden vom Petitions-Ausschuß des Bundestages nicht behandelt; denn das Petitionsrecht ist kein Freibrief für Beleidigungen und andere Rechtsverletzungen. Auch wenn er keinen Schranken unterliegt, ist der Petent für den Inhalt seines Gesuchs in strafrechtlicher Hinsicht voll verantwortlich. In dieser Wahlperiode waren es etwa 5 Prozent der Eingaben, die aus solchen Gründen nicht behandelt wurden, also ein nicht so großer Prozentsatz wie meist angenommen wird. Seit der 5. Wahlperiode im Jahre 1957 hat der Ausschuß nur in drei Fällen ein Strafverfahren wegen des Inhalts von Petitionen einleiten müssen. Mit dem "Kommerkasten" des Parlaments wird demnach nur in einer verhältnismäßig geringen Maße Mißbrauch getrieben; seine gelegentliche Bezeichnung "als Bundesnörgelstelle" ist daher nicht gerechtfertigt.

Unter den Petitionen, die an den Bundestag und den Petitions-Ausschuß gerichtet werden, ist eine nicht geringe Zahl, in denen gebeten wird, rechtskräftige Gerichtsentscheidungen aufzuheben oder in schwebende Gerichtsverfahren einzugreifen. In dieser Wahlperiode waren es etwa 8,5 Prozent der Petitionen. Hier kann der Petitions-Ausschuß nicht tätig werden. Er ist an das Prinzip der Dreiteilung der Gewalten

gebunden, das in unserem Grundgesetz festgelegt ist. Die nach dem Grundgesetz vom Volk ausgehende Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Rechtsprechung ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfenen Richtern übertragen. Dadurch haben der Deutsche Bundestag und auch die Volksvertretungen der Länder nicht die Möglichkeit, auf Gerichtsverfahren irgendwie Einfluß zu nehmen oder gar Urteile aufzuheben.

Der Petitions-Ausschuß leitet die Eingaben, sofern es sich um Beschwerden handelt, den zuständigen Bundesministerien zur Stellungnahme zu. Die Stellungnahme wird zusammen mit der Eingabe zwei nach ihrem Beruf und ihrer fachlichen Eignung ausgewählten Abgeordneten verschiedener Fraktionen, die Mitglieder des Petitions-Ausschusses sind, als Berichterstattem zur Überprüfung und Bearbeitung vorgelegt. Sie berichten dem Ausschuß und schlagen ihm die Art der Erledigung gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages vor. Hiernach berät der Ausschuß die Petitionen, beschließt die Erledigungsart und legt seine Beschlüßfassung, durchschnittlich mindestens einmal im Monat, in Form einer Sammelübersicht der Vollversammlung des Bundestages vor. Nach Annahme der Sammelübersicht durch die Abgeordneten des Bundestages teilt das Petitionsbüro den Einsendern die Art der Erledigung ihrer Petition in Form von Bescheiden des Bundespräsidenten mit, die mit den Gründen, die zu dem Bescheid geführt haben, versehen sind.

#### Alle Sachgebiete des öffentlichen Lebens

Mit welchen Anliegen wenden sich die Einsender an den Bundestag? Weitgespannt ist der Bogen der Petitionen. Er umfaßt praktisch alle Sachgebiete des täglichen Lebens und der öffentlichen und der hoheitlichen Betätigung des Staates. Der Schwerpunkt der Eingaben liegt seit Jahren bei fünf großen Bereichen, die zur Zeit in der vierten Wahlperiode 53 Prozent der Gesamteingaben ausmachen. Rund 17 Prozent der Anliegen betreffen Probleme der Sozialpolitik, 11 Prozent befassen sich mit Fragen des Lastenausgleichs, über 10 Prozent sind solche der allgemeinen inneren Verwaltung, insbesondere des öffentlichen Dienstrechts, 9 Prozent der Einsender wandten sich wegen ihrer Kriegsopferversorgung, Kriegsgefangenen- oder Heimkehrerentschädigung an den Bundestag und 8 Prozent befaßten sich mit Zivil- oder strafrechtlichen Fragen. Die restlichen 47 Prozent der Petitionen verteilen sich auf 17 weitere Sachgebiete (Wohnraumbewirtschaftung, besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung, Verteidigung, Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Finanzverwaltung, kulturelle Angelegenheiten, Kriegsfolgelasten, Arbeitsrecht und -verwaltung).

Naturngemäß beschwerten sich die Petenten vorwiegend darüber, daß ihre persönlichen Ansprüche gegen den Staat falsch, zu langsam oder überhaupt nicht bearbeitet würden. Insoweit ist vor allem das Handeln der Leistungsverwaltung Gegenstand der Bitten und Beschwerden. Daraus dürfen nicht ohne weiteres falsche Schlüsse über die Arbeitsqualität der Verwaltungsbehörden hergeleitet werden, denn die einschlägige Gesetzesmaterie ist in ihrer Auslegung und Handhabung nicht immer einfach. Es ist daher nicht selten, daß sich die Eingaben nicht nur kritisch mit dem Verwaltungshandeln befassen, sondern auch auf vermeintliche oder tatsächliche Mängel der betreffenden Gesetzesmaterie hinweisen, Anregungen zu Gesetzesänderungen oder Gesetzesverbesserungen oder allgemeine politische Vorschläge enthalten.

### Anregungen werden geprüft

Der Petitions-Ausschuß begrüßt diese manchmal berechtigte Kritik. Es ist nun einmal so, daß man es einem Gesetz nicht immer ansehen kann, wie es sich in der Praxis auswirkt, ob es Mängel, Härten oder gar Ungerechtigkeiten enthält. Der Ausschuß betrachtet es daher als eine vornehme Pflicht, solche Anregungen zu prüfen und dem Bundestag gegebenenfalls zur Entfaltung der Gesetzesinitiative vorzulegen. Darüber hinaus sieht er seine Aufgabe darin, die aus der Bevölkerung kommenden Anregungen und die bei der Bearbeitung der Petitionen gewonnenen Kenntnisse in Bezug auf Lücken, Mängel und Härten in der Gesetzgebung auszuwerten.

Viele Wünsche der Petenten konnte und kann der Ausschuß beim besten Willen und bei allem menschlichen Verständnis nicht erfüllen. Insbesondere müssen immer wieder die Erwartungen derjenigen Bittsteller enttäuscht werden, die glauben, und oft ihre letzte Hoffnung darin setzen, daß der Petitions-Ausschuß Entscheidungen in der Sache treffen und Leistungen bewilligen oder etwa aus einem Härtefonds finanzielle Mittel bereitstellen könnte. Der Petitions-Ausschuß ist lediglich Kontrollinstanz gegenüber der Regierung und Verwaltung und der Möglichkeit, diese Stellen hinsichtlich eines Verwaltungsgehändels oder -unterlassens bei der Prüfung eines Einzelfalles bestimmte Empfehlungen zu geben. Er überprüft die Beschwerden in Verbindung mit der eingehaltenen Stellungnahme der Regierung und stellt schließlich fest, ob sie im Rahmen des geltenden Rechts berechtigt sind oder ob sie Veranlassung für eine Gesetzesänderung oder -ergänzung geben.

### Stimme des Volkes

Für den Ausschuß und für den Bundestag als Gesetzgeber ist es von großem Nutzen durch die Petitionen zu erfahren, wie seine Arbeit im Volk aufgenommen wird, wo sich Lücken, Härten, in den von ihm beschlossenen Gesetzen befinden, sich über die Tätigkeit der Verwaltung und andere Vorgänge zu informieren, Mißständen nachzugehen und Mängeln durch gesetzliche Regelungen oder Verwaltungsmaßnahmen abhelfen zu können.

Aus den Petitionen lernen Ausschuß und Volksvertretung die wirklichen Nöte und Bedürfnisse der Bürger kennen. Der Petitions-Ausschuß ist die höchste Stelle im Staate, wo der Bürger einmal sein Herz ausschütten kann. Jeder hat das Recht zu schreiben, wie es ihm ums Herz ist, und mancher schreibt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Der Ausschuß hört die Stimme des Volkes und vernimmt die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes. Er ist damit wie kaum ein anderer Ausschuß des Bundestages ein Bindeglied, eine Kontaktstelle zwischen Bürger und Staat, eine Nahtstelle zwischen Gesetz und Mensch; er hat die Hand am Pulsschlag des Volkes.

### Gute Wahlaussichten der dänischen Sozialdemokraten

sp. - Am 22. September finden in Dänemark Folketingwahlen statt. Der dann zu wählende Kopenhagener Reichstag wird die neue Regierung für Dänemark bilden. Schon jetzt kann davon ausgegangen werden, daß König Frederik IX. die Sozialdemokraten wieder mit der Regierungsführung und -bildung beauftragen wird. Die Sozialdemokraten dürften erneut als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen.

Unmittelbar nach dem Chruschtschow-Besuch ist in Dänemark ein Anwachsen der Sympathien für die Sozialdemokraten zu spüren. Die feste Haltung, die Ministerpräsident Jens Otto Kragh und sein Außenminister Per Hækkerup Chruschtschow gegenüber in den grundsätzlichen politischen Fragen eingenommen haben, werden von der Bevölkerung begrüßt. Es ist dänische Sitte, daß man zu einem Gast freundlich ist; es entspricht aber ebenso der dänischen Mentalität, daß man Freiheit und Gerechtigkeit in einem modernen Sozialstaat höher schätzt als jedes ideologisch eingefärbte Parteiensystem.

Der klugen Verhandlungsführung der dänischen Regierung ist es zuzuschreiben, daß Chruschtschow dort mit seiner Theorie von den zwei deutschen Staaten nicht weitergekommen ist. Die dänische Bevölkerung steht auf der Seite der demokratischen Bundesrepublik und lehnt die totalitäre Zonenregierung ab. Aber auch die Tatsache, daß es trotz dieser Festigkeit gelungen ist, Schiffsaufträge von Rußland zu bekommen und den Agrarexport nach Rußland zu erhöhen, ist zweifellos ein Verdienst der Regierung Jens Otto Krag.

Dänemark ist unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die das Land praktisch seit Kriegsende regieren, zu einem vorbildlichen Sozialstaat geworden, in dem der Mensch der Mittelpunkt der Dinge ist. Der soziale Wohlstand Dänemarks wird weithin anerkannt, von den überragenden Leistungen der Landwirtschaft ganz zu schweigen. Bildungs- und Schulwesen haben einen hohen Stand, und die Leistungen für das Gesundheitswesen sind beachtlich. Die Alterssicherung und Krankenversorgung ist weitgehend ausgebaut worden und hat beispielsweise die Bundesrepublik überflügelt.

Die jetzige Regierung ist seit November 1960 im Amt. Da die Rechtsratspartei ihre Vertretung im Folketing einbüßte, bildeten Sozialdemokraten und Sozialliberale die neue Regierung. Als Ministerpräsident Viggo Kampmann aus Gesundheitsgründen zurücktrat, übernahm Außenminister Krag die Regierungsführung. Für ihn rückte später der international bekanntgewordene Außenminister Per Hækkerup nach. Die Sozialdemokraten waren am 15.11. 1960 mit 1.024 Millionen Stimmen oder 42,13 Prozent der gültigen Stimmen und 76 Abgeordneten (von 179) in den Reichstag eingezogen. Diese starke sozialdemokratische Vertretung wurde durch elf Sozialliberale gestützt.

Die in Dänemark durchgeführten Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Sozialdemokraten aller Voraussicht nach im September eine noch größere Mehrheit erhalten werden. Insgesamt bewarben sich zwölf Parteien für das Folketing. Dabei wird das Rennen aber nur zwischen Sozialdemokraten, Sozialliberalen, Konservativen und Liberalen ausgetragen. Alle anderen Parteien liegen weit hinter, wenn sie vielleicht auch als Splittergruppen wieder in den Reichstag einziehen werden. Die sozialistische Volkspartei des abtrünnigen Kommunistenführers Aksel Larsen wird wohl kaum wieder mit elf Abgeordneten in den Reichstag einziehen. Seine Partei ist wie nie zuvor von Krisen und Richtungskämpfen erschüttert und man fragt sich, ob sie es überhaupt noch schaffen wird.